

TI_GERICHTE 38.2017.23 vom 19. September 2016

TI Tribunale d'appello, 2016-09-19, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2017.23_d20160919

FR: TI_GERICHTE 38.2017.23 du 19 septembre 2016

IT: TI_GERICHTE 38.2017.23 del 19 settembre 2016

Regeste

Assicurato che ha fornito indicazioni inveritiere circa le ricerche svolte nel mese di marzo 2016 (5 su 13 sono risultate, secondo il criterio della verosimiglianza preponderante, non effettuate). Sospensione di 11 giorni confermata

Erwägungen

E. 3

(...) c) Als sachgemässer Ausgangspunkt für die individuelle Verschuldensbeurteilung im Bereich des schweren Verschuldens ist ein Mittelwert in der von 26 bis 60 Tagen reichenden Skala zu wählen, d.h. eine durchschnittliche Dauer von ca. 43 Einstellungstagen. Unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände des konkreten Einzelfalls ermöglicht diese Vorgehensweise einerseits eine Verschärfung der verwaltungsrechtlichen Sanktion, wie dies auch durch Art. 45 Abs. 2 lit. d AVIV angeordnet wird, wenn das Verschulden des Versicherten besonders schwer wiegt, z.B. im Wiederholungsfall bei bereits erfolgter strafrechtlicher Verurteilung. Eine Verschärfung der Sanktion in krasseren Fällen als dem vorliegenden ist nicht mehr möglich, wenn bereits der durchschnittliche Fall mit der maximal zulässigen Sanktion belegt wird. Andererseits erlauben Milderungsgründe, den Durchschnittswert von ca. 43 Einstellungstagen nach Massgabe des in milderem Licht erscheinenden Verschuldens auch in der Kategorie schweren Verschuldens angemessen zu reduzieren, wobei der Bereich von 26 bis 42 Tagen auszuschöpfen ist, ohne das Ermessen zu unterschreiten. Sachgerechte Ermessenbetätigung erfordert, den gesamten Ermessenspielraum nach oben und unten in eine dem jeweiligen Verschulden entsprechenden Weise zu nutzen. Eine zahlenmässige Schwerpunktbildung an der oberen Grenze des Ermessenspielraums ist auch insofern nicht sachgerecht, als der Gesetzgeber mit der auf den 1. Januar 1996 in Kraft getretenen Neuregelung von Art. 30 Abs. 3 AVIG den Sanktionsrahmen von 40 auf 60 Einstellungstage je Einstellungsgrund erhöht hat. Es geht somit nicht etwa darum, überholte reformbedürftige Normen durch besonders strenge Anwendung aktuellen Bedürfnissen anzupassen. (...) d) Auch die konkreten Umstände des vorliegenden Falles bilden keinen hinreichenden Anlass, auf 60 Einstellungstage zu erkennen. Festzuhalten ist, das die unwahren Angaben des Beschwerde-gegners als erstellt zu gelten haben. Es sind jedoch keine Anhaltspunkte ersichtlich, welche eine Verschärfung der Sanktion über einen mittleren Wert, der gemäss vorinstanzlichem Entscheid bei 45 Tagen liegen kann, aufdrängen oder rechtfertigen würden. (...)." (cfr. DTF 123 V 150, consid. 2 e 3c) e d), pag. 151, 153 e 154) In un'ulteriore sentenza C 152/03 del 25 giugno 2004, chiamata a decidere nel caso in cui ad un assicurato, oltre ad una sospensione di 37 giorni in quanto disoccupato per propria colpa, è stata inflitta una sospensione dal diritto alle indennità di disoccupazione di 60 giorni, ridotti dal Tribunale cantonale a 45, sulla base dell'art. 30 cpv. 1 lett. e LADI, in merito allo scopo e

alla durata della sospensione irrogata in forza di quest'ultimo disposto, l'Alta Corte ha, in particolare, sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) 2.3 Die Dauer der Einstellung nach Art. 30 Abs. 1 lit. e AVIG leitet sich - ihrer Zweckbestimmung gemäss - von Art und Ausmass des im Einzelfall vorhandenen objektiven Schadensrisikos ab, wie es sich durch die unwahren oder unvollständigen Angaben oder durch andere Verletzungen der Auskunfts- und Meldepflichten ergeben hat. Die subjektive Vorwerfbarkeit des betreffenden Verhaltens beeinflusst das Mass der Sanktion dagegen nur insoweit, als deren Berücksichtigung in einem angemessenen Verhältnis zum gesetzlichen Schutzzweck steht. Denn auch bei beim Einstellungstatbestand des Art. 30 Abs. 1 lit. e AVIG handelt es sich nicht um eine Massnahme mit dem Charakter einer Strafe (a.M. Chopard, a.a.O., S. 35; vgl. auch Nussbaumer, a.a.O., S. 251 N 691). Dies ergibt sich nach gesetzessystematischen Gesichtspunkten nicht zuletzt daraus, dass die rein pönalen Rechtsfolgen - unter anderem - von Auskunfts- oder Meldepflichtverletzungen in komplementärer Weise durch die Strafbestimmungen der Art. 105 und 106 AVIG abgedeckt werden. Im konkreten Fall hat das Verhalten des Versicherten nur insofern zu einem effektiven wirtschaftlichen Schaden der Arbeitslosenversicherung geführt, als er ein Arbeitsverhältnis aufgekündigt hat, ohne dass hierfür hinreichende Gründe vorgelegen hätten. Die selbstverschuldete Arbeitslosigkeit wurde mit einer (rechtskräftigen) Einstellung in der Anspruchsberechtigung über 37 Tage separat sanktioniert. Diese Anzahl von Arbeitslosentaggeldern hätte der Versicherte zu Unrecht in Anspruch genommen, falls sein Ansinnen, die Kasse über die Urheberschaft der Vertragskündigung zu täuschen, erfolgreich gewesen wäre. Mit Blick auf dieses begrenzte spezifische Schadensrisiko erhellt die Unverhältnismässigkeit einer Einstellungsdauer von 60 Tagen. Hinzu kommt noch, dass die Einreichung des gefälschten Belegs gewissermassen einem untauglichen Versuch gleichkommen musste, der als solcher objektiv nicht geeignet war, eine Täuschung zu bewirken, weil die Kasse bei der Abklärung des Leistungsanspruchs stets Angaben des letzten Arbeitgebers einholt, die sich unter anderem auf die Umstände der Vertragsauflösung erstrecken. Damit ist die vorinstanzlich reduzierte Einstellungsdauer im Ergebnis zu bestätigen. (...)" (cfr. STFA C 152/03 del 25 giugno 2004) Con giudizio C 23/07 del 2 maggio 2007, la nostra Massima istanza ha confermato la sentenza dell'istanza inferiore con la quale essa ha ridotto la sospensione dal diritto alle indennità di disoccupazione da 45 a 16 giorni in un caso che riguardava un'assicurata che aveva fornito delle indicazioni inveritiere circa le sue ricerche personali di lavoro. In sette casi l'assicurata aveva indicato la data sbagliata e in due casi non aveva fatto la candidatura anche se l'aveva dichiarato sul formulario "Prova degli sforzi personali intrapresi per trovare un lavoro". In merito alla durata della sospensione il TF ha in particolare osservato quanto segue: " (...).Demgegenüber lässt die gesamte Aktenlage vorliegend den Schluss nicht zu, dass sich die Versicherte durch die unwahren Angaben irgend einen Vorteil hätte verschaffen wollen, indem sie beispielsweise absichtlich mittels fingierten Bewerbungen über eine ungenügende Anzahl Bewerbungen mangels Arbeitswille hätte hinweg täuschen wollen, zumal sie in dem hier zu beurteilenden Zeitraum eine Vielzahl korrekter Bewerbungen auswies. Vielmehr ist mit der Vorinstanz von einer Überforderung beim Koordinieren der 49 Bewerbungen und Ausfüllen der entsprechenden Nachweisformulare aufgrund einer schwierigen familiären und gesundheitlichen Situation auszugehen, wobei sich in den Akten Hinweise auf eine somatische wie auch psychische Problematik finden. Wie der Diakon der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Niederuzwil in einem Schreiben vom 21. August 2006 glaubwürdig darlegte, entfalte die Beschwerdegegnerin zuweilen eine hektische Betriebsamkeit, um die permanente und intensive Belastung zu

reduzieren, die offenbar zulasten von Faktoren wie Genauigkeit und Effizienz ging und schlussendlich zu den falschen Angaben in den Nachweisformularen führte, was bei der Verschuldensbeurteilung zu berücksichtigen ist. Ebenso wenig lässt sich aus der in BGE 123 V 150 ergangenen Rechtsprechung schliessen, dass im Falle unwahrer Angaben beim Nachweis persönlicher Arbeitsbemühungen grundsätzlich von einem schweren Verschulden auszugehen ist. In Übereinstimmung mit der internen Verwaltungsweisung des seco (Kreisschreiben über die Arbeitslosenentschädigung, Januar 2003, Sanktionen (Teil D), Einstellraster) ist bei einer Verletzung der Auskunftspflicht nach Art. 30 Abs. 1 lit. e AVIG eine einzelfallgerechte, verschuldensabhängige Einstellungsdauer zu verfügen." 2.7. L'art. 42 LPGA prevede che le parti hanno il diritto di essere sentite. Non devono obbligatoriamente essere sentite prima di decisioni impugnabili mediante opposizione (cfr. DTF 136 V 115-116; DTF 136 V 124). Nella presente fattispecie il TCA constata che, prima di emettere la decisione formale del 19 settembre 2016, con la quale ha sospeso l'insorgente per 11 giorni dal diritto all'indennità di disoccupazione, il 20 luglio 2016 la Sezione del lavoro ha trasmesso all'assicurato copia della comunicazione dell'URC del 14 giugno 2016 relativa a una sanzione, invitandolo a formulare osservazioni scritte in merito (cfr. doc. 7 e 15), che egli ha, peraltro, inoltrato il 19 agosto 2016 (cfr. doc. 16). Il diritto di essere sentito dell'assicurato è, dunque, stato rispettato già prima dell'emanazione della decisione formale del 19 settembre 2016, conformemente alla chiara giurisprudenza federale emessa prima dell'entrata in vigore della LPGA (cfr. STFA C 91/02 del 6 agosto 2002 consid. 1a; RAMI 2002 pag. 77, consid. 3d, pag. 83; SVR 2002 ALV Nr. 4 pag. 9; DTF 126 V 130 = SVR 2001 ALV Nr. 12 pag. 37), che mantiene comunque, in talune circostanze (cfr. DTF 136 V 116), la sua validità anche successivamente (cfr. U. Kieser, op. cit., ad art. 42, n. 1-28; Th. Locher, "Grundriss des Sozialversicherungsrechts", Ed. Staempfli Verlag AG, Berna 2003, pag. 466 n° 53 e 54).

2.8. La Sezione del lavoro ritiene che l'assicurato non abbia spedito 5 candidature di lavoro delle 13 ricerche di lavoro indicate sul formulario "Prova degli sforzi personali intrapresi per trovare lavoro" afferente al mese di marzo 2016 che sono state oggetto di verifica presso i potenziali datori di lavoro da parte dell'URC. Al riguardo l'amministrazione ha precisato che 5 potenziali datori di lavoro hanno riferito di non aver ricevuto le lettere di candidatura dell'assicurato. Quattro di essi hanno precisato di conservare le lettere di candidatura, mentre uno ha dichiarato di conservare in una lista i nominativi dei candidati (date di nascita, date richieste, impiego richiesto) per la durata di tre anni (cfr. doc. B, consid. 1.2.). L'assicurato sostiene in buona sostanza di avere sempre spedito tutte le lettere (cfr. doc. 16). Il suo rappresentante contesta in particolare che il funzionamento della trasmissione postale non è stata oggetto di ulteriore verifica e pertanto le affermazioni dell'assicurato fossero del tutto credibili e attendibili (cfr. doc. I). Questa Corte, dapprima, constata che la Sezione di lavoro, relativamente a quanto emerso dagli accertamenti esperiti dall'URC e dall'ufficio giuridico riguardo alle candidature svolte per iscritto, interpellando i potenziali datori di lavoro in merito alla ricezione o meno delle postulazioni e alla gestione delle candidature, ha indicato che: " - 4 datori di lavoro hanno dichiarato di non aver ricevuto la lettera di candidatura dell'interessato e hanno precisato di conservare le candidature (_____, _____, _____ e _____); - 1 datore di lavoro ha riferito di non aver ricevuto la lettera di candidatura dell'interessato, di non rispondere e non conservare le lettere di candidatura, precisando tuttavia di conservare una lista con nominativi, date di nascita, date richieste, impiego richiesto e che tale lista viene conservata per tre anni (_____); - 1 datore di lavoro (_____) non è in grado di rispondere se ha ricevuto o meno la candidatura; - 3

datori di lavoro hanno confermato di aver ricevuto la candidatura nel mese di marzo 2016 (_____, _____, _____); - 1 datore di lavoro ha indicato di aver ricevuto la candidatura dell'assicurato, precisando "probabilmente" e di non averla conservata. Osserva inoltre che ricevono molte lettere di candidatura e non sempre rispondono per iscritto e che non conservano la corrispondenza." (cfr. doc. B) Da un attento esame delle "Richieste di informazioni sulle ricerche di lavoro" trasmesse ai potenziali datori di lavoro (cfr. doc. 4 e 12-14) risulta in effetti che tre potenziali datori di lavoro, e meglio _____ di _____, _____ di _____ e _____ di _____, hanno dichiarato di aver ricevuto la candidatura dell'assicurato nel lasso di tempo rilevante, ossia nel mese di marzo 2016. _____ di _____ ha dichiarato di averla ricevuta "probabilmente" (cfr. doc. 4, 13 e 14). Dagli atti risulta inoltre che un potenziale datore di lavoro, ossia _____ di _____, non è stato in grado di indicare se avesse o meno ricevuto una candidatura dell'insorgente nel periodo determinante (cfr. doc. 7). Pertanto non può essere affermato con la necessaria tranquillità che questo datore di lavoro non ha ricevuto la candidatura dell'assicurato. Ciò non è peraltro preteso dalla Sezione del lavoro. È utile osservare che l'insorgente nel lasso di tempo rilevante ha effettuato tre domande d'impiego di persona, e meglio il 9 marzo 2016 da _____ di _____, il 14 marzo 2016 da _____ di _____ e il 21 marzo 2016 da _____ di _____ (cfr. doc. 5). Per contro 5 potenziali datori di lavoro (_____ di _____, _____ di _____, _____ di _____, _____ di _____ e _____ di _____) hanno risposto negativamente alla precisa domanda "Avete ricevuto la candidatura in questione?". Di questi 5 potenziali datori di lavoro 4, ossia _____ di _____, _____ di _____, _____ di _____, _____ di _____ e _____ di _____, hanno, inoltre indicato di non rispondere per iscritto ai candidati ma di conservare le lettere nei loro atti. Infine un potenziale datore di lavoro, _____ di _____, ha indicato di non conservare le lettere nei suoi atti ma di conservare una lista con nominativi, date di nascita, date richieste, impiego richiesto. Questa lista viene conservata per 3 anni. Ne discende che se questi

E. 5

potenziali datori di lavoro avessero ricevuto le lettere di candidatura che il ricorrente sostiene di aver inviato, avrebbero perlomeno conservate le missive, ciò che in concreto non si è verificato. Dunque risultano almeno 5 i potenziali datori di lavoro che non hanno ricevuto le lettere di candidatura che l'assicurato pretende di avere inviato nel mese di marzo 2016. Quanto rilevato dal rappresentante del ricorrente, e meglio che l'errore non deve per forza essere cercato dall'assicurato, poiché il funzionamento della posta non è stato oggetto di ulteriore verifica e che vi possono essere varie cause per le quali le lettere non sarebbero giunte a destinazione (cfr. doc. I), non è atto a sovvertire la conclusione appena esposta alla quale è giunta questa Corte. In effetti le asserzioni dell'assicurato sono semplici allegazioni di parte (cfr. STF 8C_524/2009 dell'11 gennaio 2010; STFA C 107/04 del 9 giugno 2005 consid. 2.2.; DLA 1997 n. 17 pag. 79) non suffragate da alcuna prova.

2.9. Il ricorrente ha, inoltre, fatto valere di aver sempre spedito le lettere di candidatura in questione, precisando che "... se poi i datori di lavoro non le guardano o le cestinano, non so come difendermi" (cfr. doc. 16). Al riguardo è utile rammentare che normalmente un invio con posta A viene recapitato al destinatario già il giorno lavorativo seguente e anche di sabato, mentre un invio con posta B viene recapitato al destinatario al più tardi il terzo giorno lavorativo dopo l'impostazione, escluso il sabato (cfr. www.posta.ch). In una sentenza C 212/00 del 2 novembre 2000, relativa a un caso in cui l'amministrazione ha

rifiutato a un assicurato le indennità di disoccupazione in quanto lo stesso non avrebbe esercitato il relativo diritto entro tre mesi dalla fine del periodo di controllo (art. 20 cpv. 3 LADI), in casu luglio 1997, il TFA ha stabilito che il plico postale, se fosse stato inviato il 31 ottobre 1997, ultimo giorno del termine di tre mesi, mediante posta non prioritaria, avrebbe dovuto giungere al destinatario il 5 novembre 1997 (il 3 novembre 1997 era un sabato). Nel caso di specie la lettera è arrivata l'11 novembre 1997, ossia il settimo giorno feriale dopo il relativo invio. Secondo l'Alta Corte questo ritardo rientrava nell'ambito del possibile, per cui l'assicurato non doveva sopportare le conseguenze della perdita o della distruzione della busta di intimazione da parte della cassa. Il termine di tre mesi è stato considerato ossequiato. Nell'evenienza concreta l'assicurato ha indicato di aver inviato le 5 lettere di candidatura in questione (cfr. consid. 2.8.) nel mese di marzo 2016, mentre gli accertamenti dell'amministrazione sono stati eseguiti a fine aprile 2016 (cfr. doc. 4). Benché inviate con posta ordinaria, nella peggiore delle ipotesi - dal profilo del numero dei giorni necessari per il rispettivo recapito - tramite posta B, le candidature del ricorrente del mese di marzo 2016 (7 marzo 2016 presso _____ 1, 18 marzo 2016 presso _____, 23 marzo 2016 presso _____ e _____ e 29 marzo 2016 presso _____) a fine aprile 2016, allorché sono stati esperiti i controlli da parte dell'URC a distanza di circa tre settimane dagli ultimi presunti invii postali dell'assicurato, avrebbero dovuto essere arrivate ai destinatari. In proposito va evidenziato che _____, _____, _____ e _____, ai quali l'insorgente ha scritto il 7, rispettivamente il 14, 15 e 25 marzo 2016, hanno indicato che la candidatura è stata loro recapitata. Per costante dottrina e giurisprudenza, l'onere della prova di un invio incombe a chi se ne prevale (cfr. DTF 99 Ib 359, consid. 2; E. Catenazzi, *Le insidie di un invio non raccomandato*, in RTT 1974, p. 65ss.; per quanto concerne gli invii da parte dell'autorità cfr. STF 9C_1042/2009 del 7 settembre 2010 consid. 5.9. destinata alla pubblicazione). Pertanto, se l'interessato non è in grado di fornirne la prova, ne deve sopportare le conseguenze giuridiche (E. Catenazzi, *op. cit.*, p. 67; cfr., pure, A. Borella, *L'affiliation à l'assurance-maladie sociale suisse*, Losanna 1993, p. 288; per quanto concerne gli invii da parte dell'autorità cfr. STF 9C_1042/2009 del 7 settembre 2010 consid. 5.9. destinata alla pubblicazione). Da un accertamento esperito da questa Corte presso l'URC di _____ nell'ambito di un'altra vertenza è emerso che normalmente l'amministrazione non chiede agli assicurati di spedire per raccomandata le ricerche di impiego (cfr. STCA 38.2002.108 del 16 maggio 2003, consid. 1.4.; 2.7). Il fatto di inviare le ricerche per posta A o B non può, dunque, per principio, nuocere agli assicurati. L'importante è, tuttavia, che essi sappiano comprovare di avere realmente effettuato le ricerche allegando, ad esempio, la domanda e la relativa risposta del potenziale datore di lavoro contattato. Va, poi, osservato che secondo una costante giurisprudenza federale, il giudice delle assicurazioni sociali applica il criterio della verosimiglianza preponderante (cfr. cfr. RDAT II-2001 N. 91 pag. 378; SVR 2001 KV N. 50 pag. 145; STF 8C_480/2009 del 26 gennaio 2010 consid. 3.1.; STFA U 162/02 del 29 gennaio 2003; STFA C 264/99 del 18 settembre 2001; STFA H 407/99 del 28 novembre 2000; STFA C 116/00 del 22 agosto 2000; STFA C 341/98 del 23 dicembre 1999, consid. 3, pag., 6; DTF 125 V 195; STFA 6 aprile 1994 in re E.P.; SZS 1993 pag. 106 consid. 3a; RCC 1986 pag. 202 consid. 2c, RCC 1984 pag. 468 consid. 3b, RCC 1983 pag. 250 consid. 2b; DTF 115 V 142 consid. 8b, DTF 113 V 323 consid. 2a, DTF 112 V 32 consid. 1c, DTF 111 V 188 consid. 2b; Meyer, "Die Rechtspflege in der Sozialversicherung", in *Basler Juristische Mitteilungen (BJM)* 1989 pag. 31-32) e non quello della prova piena come il giudice civile o, in modo ancor più rigoroso, il giudice

penale, ritenuto che in quest'ultima evenienza per il principio " in dubio pro reo " l'incertezza profitta all'accusato (cfr. DTF 126 V 319 consid. 5a; Piquerez, Procédure pénale suisse, Zurigo 2000, n. 102 pag. 22 e n. 1918 pag. 403). Il TFA ha ricordato questi principi in una sentenza C 49/00 del 15 gennaio 2001, pubblicata in RDAT II-2001 N. 91 pag. 378, e ha sottolineato che conformemente al criterio della probabilità preponderante il giudice delle assicurazioni sociali, dopo un'analisi ed una valutazione oggettiva delle prove, deve seguire quella rappresentazione fattuale che ritiene essere la più verosimile tra i vari scenari possibili. Per quanto concerne, le 5 candidature che i potenziali datori di lavoro hanno asserito di non aver ricevuto nel mese di marzo 2016 (cfr. consid. 2.8.), tutto ben considerato, viste in particolare le risposte fornite dalle rispettive ditte contattate dall'URC menzionate sopra e il fatto che, comunque, quando sono stati effettuati gli accertamenti da parte dell'URC le lettere di candidatura avrebbero dovuto essere giunte ai potenziali datori di lavoro interpellati, anche se spedite per posta B, questo Tribunale ritiene provato, perlomeno secondo il criterio della verosimiglianza preponderante, che l'insorgente, nel mese di marzo 2016, non le ha effettivamente svolte. L'assicurato ha conseguentemente fornito all'amministrazione indicazioni inveritiere. E' pertanto a giusto titolo che la Sezione del lavoro lo ha sospeso dal diritto all'indennità di disoccupazione in base all'art. 30 cpv. 1 lett. e LADI. 2.10. Come visto (cfr. consid. 2.5.; 2.6.), la durata della sospensione è determinata in funzione della gravità della colpa (cfr. art. 30 cpv. 3 LADI), soggiace in altre parole al principio della proporzionalità (cfr. DTF 123 V 150; STFA C 152/03 del 25 giugno 2004; cfr. pure, la "Tabella delle sospensioni per i servizi cantonali e gli URC" pubblicata nella Prassi LADI ID (consid. 2.3.) in vigore dall'ottobre 2011 (consid. 2.3) che nel caso dell'art. 30 cpv. 1 lett. e non fissa il numero dei giorni di sospensione e si limita a rinviare alla gravità della colpa da valutare secondo i casi). Con sentenza pubblicata in DTF 123 V 150 e riportato al consid. 2.6., il TFA ha confermato, nel caso di un assicurato che aveva fatto dichiarazioni inveritiere circa le sue ricerche personali di lavoro, una sospensione di 45 giorni. Ritenuto un minimo di 31 ed un massimo di 60 giorni di sospensione nel caso di colpa grave (cfr. art. 45 cpv. 2 lett. c OADI), la nostra Corte federale ha pure rilevato che una sospensione pari alla durata media di circa 43 giorni offre la possibilità di considerare tutti i fattori, aggravanti o attenuanti, che giustificano l'entità della sospensione decisa. Con giudizio C 23/07 del 2 maggio 2007, anch'essa riportata al consid. 2.6., il TFA ha confermato la riduzione della sospensione da 45 a 16 giorni del diritto alle indennità nel caso di un'assicurata che aveva indicato sul formulario "Prova degli sforzi personali intrapresi per trovare lavoro" 7 date erronee e due candidature che non aveva consegnato. Il TFA ha ritenuto determinante la molteplicità delle candidature (erano 49), la difficile situazione familiare, il suo stato salute e la mancanza di un'intenzione di volersi procacciare un vantaggio. In una sentenza 38.2005.22 del 21 luglio 2005, questo Tribunale ha confermato la correttezza della sospensione di 20 giorni dal diritto alle indennità di disoccupazione stabilita dall'amministrazione, nel caso di un assicurato che aveva fornito indicazioni inveritiere in relazione a 13 ricerche di impiego su un totale di 25 ricerche controllate dall'URC per il periodo agosto-ottobre 2004. Con giudizio 38.2010.53 il TCA ha confermato la decisione dell'amministrazione che ha sospeso l'insorgente per 20 giorni dal diritto alle indennità di disoccupazione per avere fornito indicazioni inveritiere in relazione a 12 ricerche di impiego su 36 indicate per i mesi da gennaio a marzo 2010. Nel caso di specie l'amministrazione ha sospeso l'insorgente per 11 giorni dal diritto alle indennità di disoccupazione per avere fornito indicazioni inveritiere in relazione a 5 ricerche di impiego su 13 indicate per il mese di marzo 2016 (cfr. doc. 17). Con

l'indicazione di 13 candidature sul formulario "Prova degli sforzi personali per trovare un lavoro" nel mese di marzo 2016 l'assicurato ha raggiunto il numero di ricerche di lavoro da effettuare durante un periodo di controllo. In effetti, il suo piano d'azione, allestito l'11 gennaio 2016, prevede un minimo di 3 ricerche di lavoro settimanalmente, ossia almeno 12 ricerche al mese (cfr. doc. 1). Quindi, senza le 5 ricerche non effettuate, l'insorgente non avrebbe raggiunto il numero richiesto e di conseguenza avrebbe subito una sospensione per ricerche di lavoro insufficienti (art. 30 cpv. 1 lett. c LADI). Alla luce della giurisprudenza appena menzionata e tenuto conto di tutte le circostanze del caso concreto, la sanzione di 11 giorni inflitta al ricorrente - nonostante, come esposto sopra (cfr. consid. 2.9.), risulti in applicazione del principio della verosimiglianza preponderante che le ricerche di lavoro non compiute dall'insorgente nel mese di marzo 2016 sono 5, - è conforme al principio della proporzionalità e deve essere confermata, tanto più che il Giudice non può scostarsi dalla valutazione dell'amministrazione senza fondati motivi (cfr. DTF 123 V 152 consid. 2; DLA 1998 no. 10 pag. 52 consid. 2 STF C 153/06 del 12 marzo 2007 consid. 2.2.).

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.